



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund



Gemeinsame Erklärung

Handeln für das Gemeinwesen: ein Rettungsschirm für die Kommunen!

Die Lage der Städte und Gemeinden ist prekär. Im zweiten Jahr der Corona-Krise fehlen den Kommunen laut Steuerschätzung Einnahmen in Höhe von 9,4 Milliarden Euro. Bis 2024 werden sich die Ausfälle auf über 40 Milliarden Euro summieren. Erste Kommunen müssen bereits den Rotstift ansetzen: sie streichen notwendige Investitionen, sind gezwungen Ausgaben und Angebote zu kürzen und können dringend benötigtes Personal nicht einstellen.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund und ver.di machen sich stark für einen weit aufgespannten Rettungsschirm für Kommunen:

Es ist im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger, dass Kommunen die Zukunft gestalten können. Dass sie stattdessen Haushaltssperren verhängen und in Sparhaushalten die Not verwalten müssen, kann durch die Sicherung kommunaler Finanzen durch den Bund und die Länder verhindert werden.

Zeit für unsere Zukunft zu handeln.

- 1) Wir fordern Bund und Länder auf, weitere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der kommunalen Handlungsfähigkeit zu ergreifen und für die Jahre 2021 und 2022 einen weiteren Rettungsschirm für Kommunen aufzuspannen, der mindestens die gemeindlichen Ausfälle bei der Gewerbe- und der Einkommensteuer kompensiert.
- 2) Gegen die Wirtschaftskrise darf nicht angespart werden, sondern Investitionen müssen gefördert werden. Für die konjunkturelle Erholung müssen kommunale Ausgaben gestärkt werden. Dafür brauchen Kommunen finanzielle Planungssicherheit.
- 3) Überall im Land müssen gleichwertige Lebensverhältnisse erreicht werden. Die Ungleichheiten zwischen finanzschwachen und -starken Kommunen dürfen im Zuge der Pandemie nicht weiter zunehmen. Dazu gehört:
 - Die Handlungsfähigkeit überschuldeter Kommunen muss wiederhergestellt werden: Bund und Länder müssen eine funktionierende und effektive Altschuldenregelung finden.
 - Sozialausgaben, die in Bundesgesetzen geregelt sind, müssen vom Bund finanziert werden.
- 4) Kommunale Förderprogramme von Bund und Ländern – zum Beispiel für die Bewältigung des Klimawandels und für die Digitalisierung – müssen so ausgestaltet sein, dass sie für Kommunen einfach zugänglich sind.



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund



Zukunftsaufgaben bewältigen

Ohne Rettungsschirm fehlt den Kommunen Geld für dringend notwendige Weichenstellungen etwa in den Bereichen sozial-ökologischer Wandel, Klimaschutz, Wohnen, Verkehr, Energie, Gesundheit und Pflege. Geld wird gebraucht für die Sanierung von Schulen und öffentlichen Gebäuden, für den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten und der Infrastruktur (u. a. Verkehr und Digitalisierung). Städte und Gemeinden benötigen ausreichend Finanzmittel und Personal, um die Zukunftsaufgaben zu bewältigen.

Wird für die nächsten Jahre kein Rettungsschirm für die Kommunen eingerichtet, wird sich der Wertverzehr vorhandener öffentlicher Güter fortsetzen, und die nachfolgenden Generationen erben eine geschädigte Umwelt, marode Netze, Wohnraummangel, mangelhafte ÖPNV-Versorgung und eine unzureichende Gesundheits- und Pflege-Infrastruktur. Schon jetzt beläuft sich der kommunale Investitionsstau auf 149 Milliarden Euro (KfW-Kommunalpanel 2021).

Wir fordern den Bund und die Länder auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen und die Finanzierung der Kommunen zu sichern.

Berlin, 22. Juni 2021

Ralph Spiegler

– Präsident –
Deutscher Städte und Gemeindebund

Deutscher Städte- und Gemeindebund
Marienstraße 6
12207 Berlin

Internet: www.dstgb.de
E-Mail: dstgb@dstgb.de

Christine Behle

– Stellvertretende Vorsitzende –
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft – ver.di

ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Internet: www.verdi.de
E-Mail: gemeinden@verdi.de